

Kein Verständnis für arme Familien

SOZIALWESEN Die Ergänzungsleistungen für arme Familien sind nach jahrelangem Hin und Her vom Tisch. Angesichts der maroden Kantonsfinanzen mochte die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates nicht einmal auf die entsprechende Gesetzesvorlage eingetreten.

Einkommensschwache Familien erhalten keine zusätzliche Unterstützung vom Kanton. Der Grosse Rat folgte gestern mit 90 zu 62 Stimmen bei 3 Enthaltungen der Empfehlung der vorbereitenden Kommission und trat gar nicht erst auf die entsprechende Gesetzesvorlage ein. Damit ist ein jahrelanger Streit um die Einführung der Familienergänzungsleistungen beendet.

Zwar hatte sich das Parlament noch letzten Herbst für die Ergänzungsleistungen ausgesprochen und die Kommission mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes beauftragt. Gestern nun beugte es sich der finanzpolitischen Realität und verzichtete. Dies, obwohl die Kommission den Gesetzesentwurf aus Rücksicht auf die Finanzlage ausgearbeitet hatte und nur die am stärksten von Armut betroffenen Familien hätte unterstützen wollen. Das heisst: Alleinerziehende und Familien mit mehr als drei Kindern.

«Handänderungssteuer fehlt»

Grüne, SP und EVP kämpften für die Vorlage. Mit der teilweisen Abschaffung der Handänderungssteuer hätten Hauskäufer ungeachtet ihres Einkommens



Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud setzte sich vergebens für die Unterstützung der armen Berner Familien ein.

Andreas Blatter

ein «Zuckerli» erhalten, ärgerte sich Grünen-Sprecherin Bettina Keller. «Mit diesen rund 25 Millionen Franken, die der Staatskasse ab 2015 fehlen werden, hätte man die Familienergänzungsleistungen finanzieren können.» Der Bedarf sei unbestritten, sagte Ursula Brunner (Hinterkappelen) für die SP-Fraktion. Der vorliegende Entwurf sei keine Luxuslösung, erklärte EVP-Grossrat Daniel Steiner-Brütsch (Langenthal), auf dessen Initiative das Gesetz zurückgeht. «Damit

könnten wir die Working Poor effizient unterstützen.»

«Ein Ja wäre schizophren»

Die Gegner fanden zwar wie Barbara Mühlheim (GLP, Bern) lobende Worte für den Inhalt des Gesetzes. «Es wäre jedoch schizophren, dazu Ja zu sagen, wo wir letzten Herbst beschlossen haben, die Vergünstigungen bei den Krankenkassenprämien zu kürzen.» Auch SVP-Sprecher Donat Schneider (Lyss) begründete die Ablehnung seiner Fraktion in

erster Linie finanzpolitisch. BDP-Sprecherin Anita Herren (Rosshäusern) sagte, ihre Fraktion habe sich bereits letzten Herbst gegen die Ergänzungsleistungen ausgesprochen. «Unser Sozialwesen ist gut ausgebaut, wir brauchen kein neues Instrument, um Geld zu verteilen.»

Die Schönwetterlage sei im Kanton Bern vorbei, so FDP-Sprecher Hans Baumberger (Langenthal). «Es wäre fahrlässig, neue Ausgaben zu beschliessen.»

Familienergänzungsleistungen haben bisher nur die Kantone Genf, Waadt, Tessin und jüngst Solothurn eingeführt. Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud akzeptierte zwar die finanzielle Realität, prophezeite jedoch, dass der Kanton das Armutsproblem werde anpacken müssen. «In den Kantonen Solothurn und Waadt waren übrigens die bürgerlichen Parteien davon überzeugt, dass die Familienergänzungsleistungen auch der Wirtschaft zugute kommen.» *Andrea Sommer*



Kritisch: Ruedi Löffel, beäugt von Regierungsrat Pulver. *Stefan Anderegg*

Pulvers Plan für das ZPK ist durch

KULTURPOLITIK Finanzielle Perspektiven fürs Zentrum Paul Klee und ein Zusammenrücken mit dem Kunstmuseum Bern: Regierungsrat Pulver erntete im Grossen Rat Lob, Gegenmotionär Löffel blieb erfolglos.

Das Zentrum Paul Klee (ZPK) und seine Finanzen – nicht zum ersten Mal Thema im Grossen Rat. Doch gestern lief die Diskussion flott und fast ohne Gehässigkeiten. Zu überzeugend war die Tendenz, die die Erziehungsdirektion in ihrem Bericht aufzeigte: Linderung der Geldnöte im ZPK und immerhin eine Fusion «light» mit dem Kunstmuseum Bern – mit einer neuen Dachstiftung und Kooperation in allen Bereichen. All dies ohne Mehrausgaben für den Kanton. Mit 117 zu 30 Stimmen nahm der Rat den Bericht zur Kenntnis. Er verlangt aber detailliertere Zahlen und stimmte der entsprechenden Vorlage der Finanzkommission ebenso deutlich zu.

BDP-Grossrat Jakob Etter (Treiten) hatte die Sache im Dezember 2012 ins Rollen gebracht. Er wollte vom Regierungsrat wissen, wie die längerfristige Finanzierungslage des Zentrums Paul Klee aussehe und wie es um die Zusammenführung mit dem Kunstmuseum Bern stehe. Regierungsrat Pulver erklärte daraufhin das Geschäft zur Chèfsache und hat mit seiner Arbeitsgruppe «den gordischen Knoten» gelöst, wie mehrere Votanten anerkannten. Lob gab es auch von Motionär Etter: «Das ist mehr, als man vor zwei Jahren erwarten konnte.»

Vorsichtig optimistisch gab sich die FDP, Hans-Jürg Pfister (Zweisimmen) sah «Licht am Ende des Tunnels» der ZPK-Finanzierung. Auch die SVP hatte laut Fritz Wyss (Wengi) weitgehend «einen guten Eindruck der Arbeit». Euphorisch tonte es weiter links: «Die Dachstiftung ist ein genialer Streich von Herrn Pulver», fand die grünliberale Franziska Schöni (Bremgarten).

«Ungenügend»

EVP-Grossrat Ruedi Löffel (Münchenbuchsee) hingegen verpasste dem Papier der Arbeitsgruppe das Prädikat «ungenügend», weil Regierungsrat Pulver vor vier Jahren mehrere Varianten vorzulegen versprochen. Gleich mit drei Vorstössen wollte Löffel den Bericht «teilweise zurückweisen». Sozialdemokrat Luc Mentha (Liebefeld) fand: «Sie führen einen heiligen Krieg gegen das ZPK.» Alle drei Vorstösse wurden abgelehnt. *Michael Feller*

Raubkunst bestätigt

GURLITT-SAMMLUNG Die «Sitzende Frau» von Henri Matisse konnte einem Besitzer zugeschrieben werden.

Die Taskforce, welche die Werke der Gurlitt-Sammlung untersucht, publizierte gestern ein erstes Ergebnis. Sie bestätigt, dass es sich bei der «Sitzenden Frau» von Henri Matisse um Raubkunst aus dem Besitz des Kunsthändlers Paul Rosenberg handelt. Dessen

Enkelin forderte die Rückgabe, und Cornelius Gurlitt willigte vor seinem Tod ein. Da sich ein weiterer Anspruchsteller meldete, fand die Rückgabe nicht statt. Die Taskforce, die Rosenbergs Nachkommen nun recht gibt, übergibt ihr Ergebnis dem Nachlassgericht. Der Restitutionsentscheid liegt bei den Erben der Gurlitt-Sammlung. Bei einer Erbannahme stünde also das Kunstmuseum Bern in der Pflicht. *stc*

Regierung muss IT-Probleme lösen

NEUORGANISATION Das Parlament überwies gestern einstimmig eine Motion, die von der Regierung verlangt, die Informatik der Verwaltung zu reorganisieren.

Der Kanton Bern leistet sich teure Informatiksonderlösungen und vernachlässigt die Steuerung. Zu diesem Schluss kam eine externe Überprüfung. Und: Mit einer Reorganisation könnte die Verwaltung jährlich etwa 24 Millionen Franken einsparen (wir berichteten).

Umsetzung dauert zu lange

Zwar stellte die Regierung in Aussicht, die Empfehlungen im Prüfbericht umzusetzen. Weil dies aus der Sicht des Grossen Rates zu langsam voran ging, reichten die Finanz- (Fiko) und die Geschäftsprüfungskommission (GPK) eine Motion ein, welche die Regierung beauftragt, die Neuorganisation der Informatik

nun anzugehen. Nachdem der Grosse Rat den Vorstoss zum Sessionsbeginn einstimmig als dringlich erklärt hatte, überwies er ihn gestern in fast allen Punkten ohne Gegenstimme.

Umstrittene Einmischung

Für Diskussionen sorgte einzig der Punkt, der verlangte, dass die Ausschreibung der externen Projektleitung in enger Absprache mit der Fiko und der GPK erfolgen soll. Die Kommissionen sollen bei der Auswahl des Auftragnehmers oder der Auftragnehmerin sowie beim Verfassen des präzisen Auftrags mitreden. BDP und FDP ging diese Forderung jedoch zu weit. Damit greife man tief in den operativen Bereich ein, erklärte Hans-Jörg Pfister (Zweisimmen) namens der FDP-Fraktion. Sie konnten sich jedoch nicht durchsetzen: Der Grosse Rat überwies auch diesen Punkt mit 101 zu 41 Stimmen bei drei Enthaltungen. *as*

Karren voller Unterschriften

KULTURLAND Die kantonale Initiative zum Schutz des Kulturlandes ist zustande gekommen. Sie wurde gestern mit fast 19 800 gültigen Unterschriften eingereicht.

Die Landwirtschaftliche Organisation Bern und angrenzende Gebiete (Lobag) sowie die Grünen und die BDP haben ein gemeinsames Ziel: Sie wollen, dass im Kanton Bern genügend landwirtschaftliches Kulturland erhalten bleibt und die Zersiedelung bekämpft wird.

Deshalb haben sie die Kulturlandinitiative lanciert, die sie gestern einreichten. Sie konnten 19 779 gültige Unterschriften sammeln. Nötig gewesen wären 15 000.

«Die Initiative will sicherstellen, dass genügend Boden für die regionale Nahrungsmittelproduktion und für den Erhalt einer vielfältigen Tier- und Pflanzen-



BDP-Präsident Heinz Siegenthaler, Grossrätin Daphné Rüfenacht (Grüne) und Lobag-Präsident Hans Jörg Rüeegsegger fahren die Unterschriften vor. *Beat Mathys*

welt zur Verfügung steht», sagte die grüne Grossrätin Daphné Rüfenacht. Gleichzeitig soll die Initiative aber die Entwicklung des Kantons nicht behindern. «Wir

wollen konstruktiv an der Schaffung von griffigen Instrumenten gegen die Zersiedelung mitarbeiten», erklärte BDP-Präsident Heinz Siegenthaler. *mjc*

Ratsneuling Carlos Reinhard knapp zum zweiten Vizepräsidenten gewählt

GROSSER RAT Das Parlament wählte den neuen Thuner FDP-Grossrat Carlos Reinhard nur knapp zum zweiten Vizepräsidenten. SP, Grüne und Grünliberale waren dagegen.

Die Ratslinke und die Grünliberalen wehrten sich gestern gegen die Wahl von Carlos Reinhard (FDP) zum zweiten Vizepräsidenten. Weil der Thuner erst diesen März in den Grossen Rat gewählt worden sei, fehle es ihm an Erfahrung, erklärten die Redner der Fraktionen. Sie äusserten



Carlos Reinhard ist zweiter Vizepräsident des Grossen Rates.

ihre Bedenken allein schon deshalb, weil Reinhard in dieser Funktion 2016 turnusgemäss zum Ratspräsidenten gewählt wird. Dass der Ratsneuling innert so kurzer Zeit die nötigen Kennt-

nisse und Kontakte aufbauen könne, bezweifelte auch die EVP. Die SP machte keinen Hehl daraus, dass sie den Bürgerlichen die Ablehnung von Roland Näf als Präsidenten der Bildungskommission nachträgt.

Schliesslich wählte der Rat Reinhard mit 71 Stimmen von 141 gültigen Stimmen knapp. Unbestritten hingegen war die Wahl von SVP-Grossrat Walter Messerli (Interlaken) zum Präsidenten der neuen Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen. *as*